

Der Wertil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 112000 Exemplare

Inhalt:

Lernen oder Leiden! — Von der Mehrwerterte in der deutschen Textilindustrie im Jahre 1907. — Gelbe Organisationsbestrebungen der „Krefelder Bürgerzeitung“. — Abwehrbewegung der Berliner Textilarbeiter. — Zur Wohlfahrtsplage durch Fabrikwohnungen. — Lohnberechnung für Phantasie, Decken, Borden, Stoffe und Portieren. — Das Arbeitskammergesetz. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Aus dem Reichstage. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus Handel und Industrie. — Technisches. — Erklärung. — Patent-Bericht. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Rundschau.

Lernen oder Leiden!

Die Zukunft gleicht einer von Rauch geschwärzten Tafel, auf welche das Schicksal die Licht- und Schattenseiten des Lebens zeichnet. Niemals wissen wir mit Sicherheit, was uns der andere Tag, was uns die nächsten Stunden bringen werden. Immer hat es das Schicksal in der Hand, uns von neuem vor vollendete Tatsachen zu stellen, welche durchaus nicht immer die angenehmen Seiten unseres Lebens berühren, sondern uns oft häufig recht harte Nüsse zu knaden geben. Da ist es denn allemal gut, wenn wir in solchen Fällen über einen recht reichen Schatz von Erfahrungen verfügen, welche wir zu Rate ziehen und durch Vergleich der Ergebnisse früherer Phasen unseres Lebens mit derjenigen, vor welcher wir im gegebenen Augenblick stehen, eine unserer Existenz recht zuträglich Lösung ermöglichen können. Wie es aber Menschen gibt, welche den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen, so gibt es auch genug Menschen, welche, auch wenn ihnen jede Phase ihres Lebens gewissermaßen mit ehernem Griffel gezeichnet worden ist, aus den Ergebnissen der Vergangenheit nichts zu lernen vermögen. Mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, schlagen diese Menschen alle Erfahrungen in den Wind und verlangen obendrein, daß sich alles nach ihrem starren Eigensinn richten sollte. Wir haben solche Menschen zu allen Zeiten und in allen Klassen der Gesellschaft gehabt. Solange diese Leute den Schaden aus ihrem Verhalten allein zu tragen hatten, konnte man sich damit begnügen, sie zu bebauern. Wo aber die Folgen solch eigenwilligen Sich-Verzweigen vor den Erfahrungen auch weitere Kreise zu tragen bekommen, da ist es mit dem Bedauern nicht getan. Um es kurz zu sagen: Menschen, welche alle Erfahrungen in den Wind schlagen, sind ein Unglück für die Gesamtheit. Und sie müssen isoliert werden, wenn ihre Unfähigkeit, aus den Erfahrungen zu lernen, auf einem krankhaften Zustand beruht, während sie befeitigt werden müssen, wenn diese Unfähigkeit auf einen gesellschaftlichen Zustand zurückzuführen ist. Es bedarf gar nicht vieler Worte, um darzutun, daß die letzteren die gefährlicheren sind, weil in der Regel die mächtigeren sind.

Man darf sich nur das Verhalten unserer herrschenden Kreise im Staate vergegenwärtigen, wie es in den letzten Jahrzehnten zum Vorschein gekommen ist, und wie es ganz besonders zum Vorschein gekommen ist bei den Demonstrationen der entrechteten und arbeitslosen Volksmassen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß in Deutschland eine Periode des wirtschaftlichen Niederganges herrscht. Die Wunden, welche die Söhne des deutschen Volkes auf den französischen Schlachtfeldern davongetragen hatten, sie waren noch nicht alle vernarbt, als, in der Mitte der siebziger Jahre, schon die erste Stocung im Wirtschaftsleben des jungen deutschen Reiches eintrat. Auf eine Zeit beispielloscher Spekulation beutegieriger Industriekritter folgte sehr bald eine Periode des wirtschaftlichen Niederganges, welche zwar sehr verheerend wirkte, aber trotzdem nicht so viel Schaden anrichten konnte, wie wenn wir heute, wo Handel und Industrie ins gigantische gewachsen sind, von einer solchen wirtschaftlichen Katastrophe heimgesucht würden. Damals war nicht nur in Deutschland Industrie und Handel verhältnismäßig wenig entwickelt, sondern dasselbe war auch noch weit weniger der Fall in den meisten anderen Ländern, die heute schon auf dem Weltmarkt eine sehr bedeutende Rolle spielen. Wenn damals die herrschenden Kreise Deutschlands, allen voran der im Jahre 1876 gegründete Zentralverband deutscher Industrieller, eine Wirtschaftspolitik befürworteten, welche auf andere Länder, soweit deren Produkte in Frage kamen, keine Rücksicht nehmen sollte, so mochte das ja im damaligen Augenblick einen Ausweg aus der Sackgasse ermöglichen, in welche die kapitalistische Produktionsweise geraten war. Es heißt doch aber alle Erfahrungen kaltblütig in den Wind schlagen, wenn man heute noch das nämliche Mittel, nur unter einem anderen Namen, anwendet, obgleich man wissen muß, daß der Ausweg, den damals die Einführung der autonomen Hochschutzzollpolitik Bismarcks der kapitalistischen Produktionsweise gewährte, zugleich der Eingang war zu einer noch weit gefährlicheren Sackgasse. Im Jahre 1876 legann Bismarck seine „nationale Wirtschaftspolitik“, begann er damit, den großen einheimischen Industrieunternehmen den einheimischen Markt zur Ausplünderung auszuliefern. Denn eine Ausplünderung kann man es nur nennen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Schutzpolitik bis auf den heutigen Tag von den verschiedensten kapitalistischen Kreisen in Industrie und Landwirtschaft nur dazu benutzt wird, vom Volke des eigenen Vaterlandes wahre Wucherpreise zu fordern, während dieselben kapitalistischen Kreise dieselben Produkte weit billiger an fremde Länder

verkaufen. Das ist beim Eisen, bei der Kohle, bei Gespinnstwaren und einer ganzen Reihe anderer Produkte der Fall.

Daß sich eine solche Wirtschaftspolitik auf die Dauer nicht aufrecht erhalten läßt, ist ja selbstverständlich. Schon im Jahre 1889 sah man allgemein ein, daß es für ein Land wie Deutschland, welches damals auf dem besten Wege war, das zu werden, was es heute ist, nämlich ein Industrieland, auf die Dauer unmöglich sei, die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung anderer Länder vollständig zu ignorieren. Man mußte schließlich dazu übergehen, die autonome Zollpolitik etwas abzumildern. Denn allmählich waren jene Länder, deren Produkte von unserem Markte ferngehalten wurden, zu einem Boykott der Waren aus Deutschland übergegangen. Rußland allein hatte Ende der achtziger Jahre innerhalb Jahresfrist für 100 Millionen Mark weniger Waren von uns bezogen. Das war für die „nationale“ Wirtschaftspolitik eine so harte Nuß, daß sie sich bei deren Knaden die Zähne ausbrach und dazu übergehen mußte, jene Aera der Wirtschaftspolitik zu beginnen, welche der Kaiser eine „rettende Tat“ nannte. Die Zeit der ersten Handelsverträge schaffte denn auch vorübergehend einige Erleichterung. Aber ein Sprichwort sagt: „Wenn es dem Esel zu gut geht, geht er auf Eis tanzen.“ Und so war es auch bei den herrschenden Klassen in Deutschland. Deutschland ist ja das „gejegnete“ Land der Krautjunker, der überflüssigsten Sorte von Menschen, die jemals unseren Planeten bevölkert haben. Und diese, nur ein Parasitenleben führende Menschensorte, die leider hier noch an der Futtertrippe des Staates sitzt, brachte es fertig, daß wir gegenwärtig wieder einer Periode im Wirtschaftsleben Deutschlands entgegengehen, die von derjenigen vor zwanzig Jahren nur durch ihre verheerendere Wirkung unterschieden werden dürfte. Durch den neuen Zolltarif mit seinen hohen Zollsätzen hat man draußen in den Ländern, welche Deutschlands Industrievergnügung küssen, wieder dieselben Strömungen ausgelöst wie Ende der achtziger Jahre; jene Strömungen, welche es bewirkten, die Produkte der deutschen Industrie zu ignorieren. Und zu den Gründen wirtschaftlicher Natur kommen noch solche politischer. Die Enteignungsvorlage, welche der preussische Landtag vor wenigen Tagen angenommen hat und durch welche bezweckt werden soll, das polnische Volk in seinem Vaterlande von seinem Grund und Boden zu vertreiben — eine Politik, deren Konsequenzen gar nicht abzusehen sind — hat im Auslande, namentlich aber in Polen und Oesterreich, ungeheure Aufregung hervorgerufen und dahin geführt, daß die deutschen Waren vollständig boykottiert werden sollen. Dasselbe wird gemeldet aus Dänemark für den Fall, daß in dem Reichsvereinsgesetz jene Bestimmung erhalten bleiben sollte, laut welcher die Ausländer durch das Verbot der Benutzung ihrer Muttersprache in öffentlichen Versammlungen unter ein Ausnahmegefeß gestellt werden sollten. Da kann man es wohl verstehen, wenn nun auch jenen Kreisen, welche durch ihr bisheriges Verhalten gezeigt haben, daß sie aus der Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik nichts gelernt und nichts verstanden haben, allmählich ein Licht aufgeht und sie nun plötzlich die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands in ihrer ganzen unheilvollen Erscheinung vor sich liegen sehen. Die Wirtschaftspolitik Deutschlands verfolgt heute nur den Zweck, den verschiedenen kapitalistischen und agrarischen Produktionsgesellschaften möglichst viele Annehmlichkeiten zu verschaffen. Jene kapitalistischen Gesellschaften, welche die verschiedenen Rohstoffe und Halbfabrikate besitzen, sie sind es, welche heute neben den großen Getreideproduzenten in erster Linie als Nutznießer unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik auftreten. Aber diese Gesellschaften sind nicht nur die Nutznießer der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, sondern auch die empfindlichsten Schädlinge unserer einheimischen Industrie. Wir sagten schon, daß jene Industrieunternehmen in Deutschland dank dem Umstande, daß das Ausland mit seinen Produkten durch hohe Zollschränken von unserem Markte ferngehalten wird, ihre Produkte auf dem einheimischen Markte weit teurer verkaufen wie auf dem ausländischen Markte. Dadurch aber kommt unsere Industrie gegenüber der Industrie des Auslandes ins Hintertreffen. Die ausländische Industrie erhält dadurch billigere Rohstoffe, billigere Kohlen und sonstige Betriebsmittel, so daß sie auf dem Weltmarkte billiger ihre fertigen Fabrikate absetzen kann wie unsere Industrie. Kürzlich hatten wir Gelegenheit, das Rundschreiben einer Maschinenfabrik zu lesen, in welchem diese ihre Kunden über die Vorgänge im Wirtschaftsleben informierte. In diesem Rundschreiben wurde auch der schädlichen Preispolitik des deutschen Eisenringes Erwähnung getan und als Beispiel für diese Schädlichkeit die Tatsache erwähnt, daß am Niederrhein, dort, wo der Strom die Grenze zwischen Deutschland und Holland bildet, auf deutscher Seite Schiffswerkstätten nicht bestehen könnten, weil sie das deutsche Eisen um 20 Mk. die Tonne teurer bezahlen müßten wie jene Schiffswerkstätten, welche auf der anderen Seite des Stromes, auf holländischem Gebiete, im Betriebe sind.

Wenn auch nicht ganz so schlimm, so doch ähnlich, liegen die Dinge in der Textilindustrie, soweit die Garnproduzenten in Frage kommen. Wir haben in den letzten Jahren mehrmals seitens der Garnverbraucher die Klage ausgesprochen hören, daß die Spinnereien, um trotz des Rückganges der Rohstoffpreise die hohen Garnpreise aufrecht erhalten zu können, etwaigen Ueberfluß an Garnen sofort, und eventuell zu niedrigeren Preisen, an das Ausland verkaufen. Und da wundert man sich dann in Unternehmerkreisen, wenn verschiedene Länder unserer Industrie auf dem Weltmarkte als scharfe Konkurrenten begegnen. Würde man aus den Vorgängen der letzten Jahrgänge die richtige Lehre gezogen und danach gehandelt haben, so könnte Deutschland heute nicht so sehr allen Unbilden und Stürmen des Wirtschaftslebens ausgesetzt sein.

Es ist noch nicht lange her, da fiel in Deutschland das Wort, daß hier die Schwarzsehler verbannt werden sollten. Nun, es wäre jedenfalls besser gewesen, wenn man

eine Politik verbannt hätte, welche mehr wie genug Grund zur Schwarzseherei liefert. Aber mit der Schwarzseherei allein ist es nicht getan. Da müssen ganz andere Mittel angewandt werden. Wenn wir sehen, daß die heute herrschende Klasse dazu übergeht, die ehrliche Arbeit durch Säbelherrschaft zu malträtieren und die Existenz des werttätigen Volkes nach wie vor nicht mehr darauf zu rechnen hat, bei unserer Regierung in Schutz genommen zu werden, dann haben wir zu zeigen, daß wir genug gelernt haben, um nicht mehr zuzulassen, noch länger zu leiden.

In erster Linie ist es die Arbeiterschaft, welche die Schattenseiten dieser verkehrten Wirtschaftspolitik zu erleiden bekommt. Und die Arbeiterschaft hat demzufolge auch ein Anrecht darauf, derjenige Faktor in unserem politischen Leben zu sein, dem unsere Nachkommen eine lichtvollere Gegenwart und Zukunft verdanken sollen. Noch niemals blühte wohl das deutsche Volk so unheilswangerer Zeit entgegen wie jetzt. Hoffen wir nur, daß, soweit die Arbeiterschaft hierbei in Frage kommt, sich diese als junger und starker Siegfried erweisen möge.

Von der Mehrwerterte in der deutschen Textilindustrie im Jahre 1907.

Wieder einmal ist für unsere Aktionäre und Einzelunternehmer in der Textilindustrie die Zeit der Ernte gekommen. Und während unsere Kollegen und Kolleginnen vielerorten den Versuch eines beutegierigen Unternehmertums, die ohnehin fargen Löhne noch weiter zu reduzieren, abtenden müssen, werden auf den Generalversammlungen der Aktionäre wahre Berge von Gold, die zur Verteilung an die Kapitalmagnaten bestimmt sind und den Mehrwert darstellen, der im Jahre 1907 von dem Wert der Arbeit der Textilarbeiter abgeleitet worden ist, zur Schau gestellt. Und wenn man so fast durchgängig die in die Hunderttausende gehenden Summen sieht, die da den kapitalistischen Nutznießern der Arbeit in die Taschen geschoben werden sollen, dann kann man es schon verstehen, daß sie, die Bourgeoisie, die heutige Gesellschaftsordnung als die herrlichste Weltordnung bezeichnet. Am so mehr aber muß angeht dieser Zahlen, die wir, soweit sie uns in größerem Umfange bis jetzt bekannt sind, nachfolgend veröffentlichen, bei den Arbeitern die Empörung zum Durchbruch kommen, wenn sich das Unternehmertum erdreistet, nach dieser Silbernte den Arbeitern, welche dieses Gold zusammengekehrt haben, gewissermaßen wie zum Dank dafür, nunmehr den Brotkorb höher zu hängen. In der Baumwollspinnerei in Krefeld, wo im Vorjahre 10 Proz. und in diesem Jahre 12 Proz. Dividende verteilt worden sind, bzw. verteilt werden, haben die Arbeiter bereits, dank ihrer Einmütigkeit, den Angriff der Direktion zurückgewiesen. Hoffen wir, daß diese Einmütigkeit unter der Arbeiterschaft auch an anderen Orten vorhanden ist. Die heutige Zeit ist unter keinen Umständen dazu angetan, daß die fargen Löhne der Arbeiter herabgesetzt werden. Und wenn die Unternehmer bestien vor Hunger; es wäre eine arge Verleumdung an sich selbst, wenn die Arbeiter nicht wie ein Mann solche Angriffe auf ihre Existenz abwehren würden. Mögen, wenn die Dinge ganz schlimm werden sollten — wozu die Ausichten nicht vorhanden sind — schlimmstenfalls einmal die Aktionäre darauf verzichten, für ihr Nichtstun bezahlt zu werden; sie sind ja durch die hohen Dividenden der letzten Jahre viel, viel zu hoch bezahlt worden, während die Löhne der Arbeiter viel, sehr viel zu wünschlich übrig liegen. Das Blatt der sächsischen Kommerzienräte, das „Leipziger Tageblatt“, feierte diese Tage seinen Lesern eine Notiz über die Löhne in der japanischen Textilindustrie; wohl nur zu dem Zwecke, damit sie gelegentlich den Arbeitern vorgehalten werden können, wenn die Lüsterheit des Dividendenhungers auf die Arbeiterlöhne sich regen sollte. Die Löhne der Männer in der Textilindustrie Japans sollen pro Tag eine Mark betragen, diejenigen der Frauen gar nur 75 Pf. pro Tag. Da dürften sie ja fast ebenso miserabel bezahlt werden, wie die Textilarbeiter in den Gebirgsbörfern Schlesiens. Erst am 18. Januar 1908 brachte der „Proletarier aus dem Gulenberge“ eine Notiz aus Wüstewaltersdorf, im Kreise Waldenburg i. Schl., die den jahrelangigen Venediz erbrachte, daß bei der Firma Westh, Hartmann und Wiesen ein Weber bei den nachstehend angeführten Artikeln auch nicht besser entlohnt wird, wie ein Textilarbeiter in Japan. Es hieß in jener Notiz:

„Galls Herr Wiesen nicht weiß, bei welchen Waren die niedrigsten Akkordsätze sind, so wollen wir ihm hier einige Sorten bekanntgeben:
Handtücher, 55 Zentimeter breit, 35er Kette, 30er Schuß, 24 Schuß im Zentimeter, 45 Ganghöhe, 4 Dukend, 130 Zentimeter lang, Arbeitslohn 3,20 Mk., Arbeitszeit 3 1/2 Tag. — Handtücher, 50 Zentimeter breit, 30er Kette, 30er Schuß, 23 Schuß im Zentimeter, 37 1/2 Ganghöhe, 135 Touren in der Minute, 4 Dukend, 130 Zentimeter lang, Arbeitslohn 2,70 Mk., Arbeitszeit 3 1/2 Tag. — Wischtücher, 60 Zentimeter breit, 10er Kette, 20er Schuß, 16 Schuß im Zentimeter, 26 1/2 Ganghöhe, 8 Dukend, Arbeitslohn 1,90 Mk., Arbeitszeit 2 1/2 Tage. — Bettzeug, 130 Zentimeter breit, 45 Schuß im Zentimeter, 155 Ganghöhe, Lohn per Meter 11 Pf., pro Tag 10 Meter fertig, macht ein Stuhl 104 bis 112 Touren in einer Minute.“

Wir meinen also, daß es für das Blatt der sächsischen Kommerzienräte gar nicht notwendig gewesen wäre, nach Japan zu leiten, wenn es die schreiend niedrigen Löhne der Textilarbeiter feststellen wollte; im gegengetzten Lande der Wucher- und Sozialpolitik, in Deutschland, sind solche japanischen Hungerlöhne durchaus keine Seltenheit, und wir erbiten uns, der Redaktion des „Leipziger Tageblattes“, in ihrem engeren Heimatlande, im Königreich Sachsen, noch genügend Textilarbeiter und Arbeiterinnen mit japanischen Hungerlöhnen nachzuweisen. Wenn man also glaubt,

Prioritätsaktien, Köchlin, Schmidt u. Cie. 6 Proz., Kunehl u. Cie. 7 Proz., Laederich u. Cie. 7 Proz. und die Wollspinnerei Schwarz 8 Proz. Für die Spinnerei gefätmter Wolle in Sennheim sollen 6 Proz., für die Aktiönäre der Spinnerei Malmerspach 12 Proz. in Vorschlag gebracht werden. Bei Albert, Kellermann u. Cie. in Erfurt sind 8 Proz. auf gewöhnliche Aktien und 12 Proz. für Prioritätsaktien vorgefch.

Diese Zusammenstellung der Gewinn- und Dividendenziffern dürfte wohl jene Schreibhülse, welche über die „hohen“ Arbeiterlöhne schreiben, des Wertes zu ihrer Dreifachheit etwas berauben. Die Arbeiter aber mögen diese Zahlen sich auch genau einprägen, um sie nötigenfalls bei der Verteidigung ihrer Existenz verwerten zu können. Vor allen Dingen aber mögen die Arbeiter beim Studium dieser Zahlen bedenken, daß sie nur dann darauf zu rechnen haben, daß ihnen in Zukunft ein größerer Teil ihres Arbeitsertrages erhalten bleibt, wie bisher, wenn sie eine gut disziplinierte Kampftruppe bilden, die für eine finanziell unüberwindliche Organisation Sorge trägt. Die Leipziger Baumwollspinnerei berichtet, daß sie in dem verfloffenen Jahre, infolge der Lohnerhöhung, habe 325000 M. mehr an Arbeitslohn zahlen müssen. Das vorstehend mit verzeichnete Gewinnergebnis dieser Firma zeigt, daß sie sehr gut den zwei- bis dreifachen Betrag hätte mehr an Löhnen zahlen können. Und wie bei dieser Firma, so liegt es auch bei vielen anderen. Mögen die Arbeiter nur die nötige organisatorische Macht schaffen, dann wird ihre Arbeit auch besser bezahlt werden bezw. dafür gesorgt werden können, daß ihnen ihre Arbeit besser bezahlt werden muß.

Gelbe Organisationsbestrebungen der „Krefelder Bürgerzeitung“.

Das konfusionspolitische Organ für Krefeld und die benachbarten Bezirke, die „Krefelder Bürgerzeitung“, eines der arbeiterfeindlichsten Presseorgane des Niederrheins, befindet sich in „guter Hoffnung“. Wie wir aus der Nr. 52 dieses gegen die Arbeiterinteressen heftenden Scharfmacherblattes erfahren, geht es mit einem Embryo zu einem Wechselbalg, genannt gelbe Streifbreeherorganisation, schwanger und sucht diese ihre etwas sonderbar anmutende Leibesfrucht, deren Erzeuger wohl sicher ein Krefelder Fabrikant oder ein dem dortigen Fabrikantentum nahestehender Handlanger ist, als den einzigen und wahren Begleiter der Krefelder Arbeiterschaft anzupreisen. Daß sie bei dieser Anpreisung der Frucht ihres Scharfmacherischen Rechtlechtels nicht ohne faulbide Unwahrheiten operiert, das kann man sich bei dieser Quasselstrippe der Fraktion Drehwebe schon denken. Denn sie weiß nämlich sehr genau, daß die gelbe Wiffgeburt nur dann einige Aussicht auf Existenz hat, wenn es gelingt, die Krefelder Arbeiter irrezuführen. Und zu dieser Irreführung benutzt sie die letzte Bewegung der Krefelder Stoffweber, indem sie der Wahrheit ins Gesicht schlägt und den Anschein zu erwecken sucht, als hätten die Führer der Gewerkschaften die Arbeiter in den Streit gehetzt. Unsere Leser wissen, und die Krefelder Arbeiterschaft weiß es auch, daß gerade das Gegenteil wahr ist; daß gerade die Gewerkschaftsführer von vornherein alle Mittel ihrer Vereidamkeit angewendet haben, um den Arbeitern klar zu machen, daß jetzt eine zu ungünstige Zeit zu einem solchen Kampfe sei. Wenn die Arbeiter die von der Erkenntnis der Verhältnisse diktierten Ratschläge der Führer in den Wind schlagen, so ist das wohl zu bedauern, gibt aber dem Krefelder Unternehmerblatt noch nicht die geringste Berechtigung, solche Unwahrheiten gegen schuldlose Personen zu verbreiten. Das Blatt sagt: „Wer zählt den schwer Betroffenen den erlittenen Schaden? Reiner von den Gewerkschaftsleitern wird dazu ein Wort reden. Nicht allein die Arbeiter sind in schwerer Weise geschädigt, sondern auch die Gewerbetreibenden sind während der Hauptzeit auf schlimmste in Mitleidenschaft gezogen worden; ferner ist der Krefelder Seidenindustrie ein folgenschwerer Stoß verfeßt worden, dessen nicht zu unterschätzende Tragweite die Führer ebenfalls allein verschuldet haben, denn zweifellos wird die Krefelder Seidenindustrie zugrunde gehen und dem Auslande überliefert werden, wenn nicht einem derartigen Handel der Führer Einhalt getan wird.“

Zunächst ist hier wohl die Frage am Platze, wer denn den größten Schaden in diesem Lohnkampfe angerichtet hat? Die Arbeiter oder die Unternehmer? Es ist ohne Zweifel, daß es die Letzteren gewesen sind. Denn auf das Konto der Arbeiter kommt nur der etwaige Schaden, der durch den Streik der 355 Arbeiter in den 4 Kramattfabriken entstanden ist; alles andere entfällt auf das Konto des Unternehmerverbandes. Wenn schließlich 11000 Arbeiter außer Arbeit gebracht wurden, so waren es die Unternehmer, welche durch ihre Organisation 10500 Arbeiter außer Arbeit brachten. Wenn also das Krefelder Scharfmacherblatt nach denen fragt, die den schwer Betroffenen den Schaden ersetzen sollen, so verweisen wir das Blatt an den Fabrikantenverein der Seidenindustrie. Und wenn das genannte Scharfmacherblatt darüber greift, daß der Krefelder Seidenindustrie ein folgenschwerer Stoß verfeßt worden sei, so verweisen wir wiederum auf den Fabrikantenverein als den Schuldigen. Dort, werte „Bürgerzeitung“, in jenem Krefelder Fabrikantenverein für das Seidengewerbe, sitzen jene Führer, denen Einhalt getan werden muß, wenn die Krefelder Seidenindustrie nicht zugrunde gehen soll. Man zahle den Krefelder Seidenstoffarbeitern einen Lohn, daß sie damit leben können, man behandle sie nicht als Parasit, die es als eine Art Gnade empfinden sollen, daß sie sich überhaupt für die Krefelder Seidenbarone absindern dürfen, dann wird auch die Krefelder Seidenindustrie florieren. Wenn man aber glaubt, die Arbeiter immer, auch wenn sie nur die geringsten Wünsche äußern — und das Verlangen der Seidenstoffweber auf eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für Seide, und 15 Proz. für Kunstseide, war ein geringer Wunsch — wenn man glaubt, die Arbeiter immer nur die Macht des Unternehmerterrorismus fühlen zu lassen, um ihre Wünsche zu ersticken, so wird eben kein erträglicher Zustand eintreten. Nebenbei ist für die Krefelder Seidenindustrie der Schaden aus dieser Bewegung gar nicht so groß, als wie es hier hinzustellen gesucht wird. Denn es steht doch fest, daß das Seidengewerbe infolge der Vorgänge auf dem Rohstoffmarkt und infolge des Konfliktes zwischen den Fabrikanten und den Detailisten, keine dringenden Aufträge zu erledigen hatte. Nicht die streifenden Arbeiter, sondern die konfliktlusternen Fabrikanten, welche glauben, mit ihren Warenabnehmern so verfahren zu können, wie mit ihren Warenherzeugern, die schädigen das Krefelder Seidengewerbe. Unsere Leser wissen, daß die niederrheinischen Seidenfabrikanten mit den Seidengroßhändlern in einer Konvention gegen die Detailisten gemeinsame Sache machen. Die Detailisten wehren sich natürlich gegen diese Diktaturbestimmungen der Konvention. Und welche Mittel sie dabei anwenden, mag folgende Notiz aus den „Wochenberichten der Textilindustrie“ zeigen. Es heißt da: „Die ausländischen Seidenlieferanten benützen diesen Kriegszustand, um ins deutsche Geschäft zu kommen. Wie nämlich mitgeteilt wird, soll seitens französischer und österreichischer Seidenwarenfabrikanten und-Großisten aus Anlaß der Hauptversammlung des Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche zu Berlin, zu der mehr als 1000 Einkäufer erwartet werden, die Veranstaltung einer Seidenmesse in die Wege geleitet werden.“

Da, werte Quasselstrippe, hättest Du begründete Ursache, von einer schweren Schädigung der Krefelder Seidenindustrie zugunsten des Auslandes zu rätionieren. Aber wiederum sind es nicht die Arbeiter,

sondern die Kapitalisten, welche diese Schädigung verursachen und daher schweigt natürlich auch das Krefelder Fabrikantenblatt. Was dieses Blatt dann weiter sagt von dem politischen Parteigetriebe in den Fabrikräumen, ist nichts anderes wie eine Fabel der „Krefelder Bürgerzeitung“. Die Arbeiter haben bis jetzt noch nicht nötig, die Fabrikräume zum Zummelplatz politischen Parteigetriebes zu machen, dazu haben sie in Krefeld bis jetzt noch außerhalb der Fabrikräume Zeit und Gelegenheit. Wenn es allerdings nach dem Willen der Parteigänger des Krefelder Fabrikantenblattes und nach dem Willen der konservativen Blodgenossen dieser Parteigänger geht, dann soll allen Arbeitern bis zu 18 Jahren durch das neue Reichsvereinsgesetz das Recht genommen werden, an Vereinen und Versammlungen teilzunehmen. Dann allerdings würde es die Notwehr der Arbeiter erfordern, sich in den Fabrikbetrieben die Rechte zu nehmen, die man ihnen in Deutschen Reich als Staatsbürger genommen hat. Die Krefelder Arbeiter aber können schon aus dieser drohenden Rechtslosigkeit eines erheblichen Teiles der Arbeiterschaft ersehen, welche Sorte Arbeiterfreundlichkeit es ist, die sie von der „Krefelder Bürgerzeitung“ und ihren Spintermännern zu erwarten haben. Sie werden deshalb auch die Woffskläuen, welche die „Krefelder Bürgerzeitung“ sorgsam hinter ihrem umgehängten Schafsfleide verborgen hält, erkennen, wenn das Fabrikantenblatt auf die gegenwärtigen Interessenvertretungen der Arbeiter auf die Gewerkschaften, ihren gütigen Schleim absondert, und dazu auffordert, ein „neues System“ von Gewerkschaften zu gründen. Dieses „neue“ Gewerkschaftssystem ist das System der gelben oder auch vaterländischen Streifbreehervereine; jener Streifbreehervereine, welche jeder ehrliche Arbeiter meidet wie die Pest.

Ehe wir uns dieses neue System etwas näher ansehen, sind wir jedoch gezwungen, noch eine neue Klunkerlei des Blattes zurückzuweisen. Es fabuliert nämlich davon, daß von den Beiträgen der Arbeiter in den jetzigen Gewerkschaften 50 bis 60 Proz. auf Verwaltungskosten in Abzug gebracht würden. In der Nr. 42 des „Textilarbeiter“ vom vorigen Jahre haben wir an der Hand der Gewerkschaftsstatistik nachgewiesen, daß in unserer Organisation im Jahre 1906 für Verwaltungs-zwecke ausgegeben wurden:

- a) für Hauptverwaltung 3,06 Prozent,
 - b) Gau- und Lokalverwaltung 14,36 Prozent,
 - insgesamt also 17,42 Prozent der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen.
- Diese Zahlen vergleiche man nun mit den erlogenen Zahlen der „Krefelder Bürgerzeitung“, und man wird ungefähr eine Vorstellung bekommen von der sittlichen Verwahrlosung, aus der heraus das „neue System“ geboren werden soll. Das Fabrikantenblatt hantiert überhaupt mit den Zahlen wie die Kinder mit dem Sande. Um sein neues System einigermaßen schmackhaft zu machen, türmt es Zahlen bis zu einer halben Million auf, welche die 18000 bis 20000 Krefelder Arbeiter in einem Jahre an die Gewerkschaften zahlen sollen, und welche nach der verlogenen Phantasie der „Bürgerzeitung“ natürlich für die Arbeiter verloren sein soll. Wo sind denn die 18—20000 Krefelder Arbeiter mit ihrer halben Million Jahresbeiträge an die Gewerkschaften? 12 bis 14000 Arbeiter hat die „Bürgerzeitung“ einfach dazugelogen, um den Arbeitern bei der Propaganda für die gelbe Streifbreeherorganisation hohe Summen vorkaufeln zu können.

Sehen wir uns nun einmal an, wie das neue System gehandhabt werden soll. Nachdem die „Krefelder Bürgerzeitung“ ihren Lesern die halbe Million Jahresbeiträge vorgespiegelt hat, verrät sie uns, wie ihr neues System in die Wege geleitet und was es bezwecken soll. Wir lesen da das folgende:

„In jeder Fabrik und an allen Arbeitsstellen wird Samstags oder Montags ein wöchentlicher Beitrag an einen oder zwei Kollegen abgegeben; diese müssen unmittelbar darauf die eingenommenen Gelder an eine Hauptstelle (Kassendirektion) gegen Quittung abliefern. Ein zu wählender Ausschuß übt Kontrolle über das ganze aus... Die Arbeiter würden auf diese Art ein großes Vermögen anammeln, welches nur zu ihrem eigenen Nutzen diene. Die Fabrikanten und andere Unternehmer würden sich vielleicht noch prozentual an solchen angelegten Kassen beteiligen, sie brauchen darin nicht eine Kampf- oder Kriegskasse zu erblicken. Dadurch würde eine Grundlage zu einem guten Einvernehmen gelegt. — Wozu soll dies Geld nun angelegt werden?“

1. Die Kasse soll den Zweck haben, zuerst ein ansehnliches Kapital zu sammeln, als alleiniges Eigentum der Arbeiter.
2. Sollen die Zinsen, nach dem ersten Jahre oder nach Schluß des zweiten Jahres jedem Arbeiter nach Höhe des Beitrages ausgezahlt werden.
3. Soll die Kasse bei Eintritt schlechter Konjunktur die Arbeiter unterstützen, je nach Höhe ihrer Beiträge.
4. Kann die Kasse verwendet werden zum Erwerb und Bau gesunder und billiger Arbeiterhäuser, mit Hilfe der städtischen Verwaltung.
5. Jedes Mitglied kann nach dem zweiten Jahre im Herbst oder Winter bis zur Hälfte seines Guthabens erhalten, sofern es das Geld zu seinem Haushalte benötigt.
6. Im Sterbefalle eines Mitgliedes ist den Hinterbliebenen auf ihren Wunsch das dem Verstorbenen zustehende Guthaben zinslos auszuzahlen. Die Zinsen dieses Guthabens verbleiben der Kasse.

Verläßt ein Arbeiter die Stadt, um in einer anderen Stadt sich niederzulassen, so ist ihm sein Guthaben zinslos auszuzahlen.

8. Jedes Mitglied, Arbeiter sowie Arbeiterin, verpflichtet sich, solange es in einem Arbeitsverhältnis hier am Platze steht, der Kasse 5—10 Jahre anzugehören.

9. Die von einer Versammlung zu entwerfenden Statuten sind für jedes Mitglied bindend. Ueber die Einhaltung und richtige Handhabung derselben machen außer dem gewählten Vorstand, Aufsichtsrat usw. auch die staatlischen und städtischen Behörden.“

Der Zweck dieses neuen Systems soll also, um es kurz zu sagen, der sein, die Arbeiter sollen zwar alle Wochen ihre Beiträge bezahlen, aber nicht, um sich allmählich eine finanzielle Macht zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, und nicht, um dafür Sorge zu tragen, daß sie solche Angriffe auf ihre Existenz zurückweisen, wie sie von der Krefelder Baumwollspinnerei gegen die Existenz ihrer Arbeiter gerichtet wurden, sondern sie sollen ihre Beiträge zahlen, um in einem größeren Klimbimlvereine den wohlorganisierten Fabrikanten gegenüber völlig wehrlos gehalten zu werden. Eine Kampf- und Kriegskasse soll diese Organisation deshalb natürlich nicht haben. Und die Fabrikanten, die gerade bei der letzten Bewegung der Krefelder Arbeiterschaft Proben ihrer Rücksichtslosigkeit zuteil werden ließen, die sollen, wie es weiter heißt, in dem Hauptvorstand dieser famosen Arbeiterorganisation sitzen. „Sag! Liebchen, was willst Du noch mehr.“ Nein, werte „Bürgerzeitung“, die Krefelder Arbeiter, die jetzt bei dieser Bewegung von dem Fabrikantenverein unschuldigerweise mit Peitschen gezüchtigt wurden, sie müßten und würden mit Skorpionen gezüchtigt werden, wenn sie die Niedersumme machen, sich zu organisieren, um sich durch diese Organisation als wehrlose Ausbeutungsobjekte 5 bis 10 Jahre — solange soll man sich verpflichten, dem neuen System anzugehören — fesseln zu lassen. Da kommt denn doch das Woffsgesicht etwas zu deutlich hinter der arbeitler„freundlichen“ Larve zum Vorschein. Die Krefelder Arbeiter — und um es besonders zu betonen, auch die organisierten nicht — sie denken gar nicht daran, die Krefelder Seidenindustrie zugrunde zu richten. Diese Verschuldigung entspringt auch nur der verlogenen Phantasie des Krefelder Fabrikantenblattes. Die Krefelder Arbeiter denken aber auch gar nicht daran, sich ihre eigene Existenz durch ein rücksichtsloses Unternehmertum zugrunde richten zu lassen. Denn gerade die Krefelder Seidenweber haben es in Erfahrung gebracht, daß es nichts wie eine hohle Phrase ist, wenn die „Bürgerzeitung“ die Hoffnung zu erwecken sucht,

wenn die Arbeiter nur erst einmal durch das neue System wehrlos gemacht seien, würden die Fabrikanten ihre Arbeiter als ihre Mitarbeiter ansehen und sich deren Wohlergehen angelegen sein lassen. Nein, für so töricht darf man die Krefelder Arbeiter doch nicht halten. Die Krefelder Arbeiter haben in den letzten Jahren genug Gelegenheit gehabt, zu sehen, daß, wenn sie gut organisiert sind, die Unternehmer ihren Interessen Rechnung tragen müssen. Wären die Samstoffweber, die Färber, die Samtscherer usw. nicht so gut organisiert gewesen, dann würden sie heute noch auf jene Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse warten müssen, welche sie in den letzten Jahren erreicht haben. Und lediglich dem Umfande, daß die Seidenstoffweber bisher nicht so gut organisiert waren, wie ihre Kollegen in den anderen Branchen, ist es zuzuschreiben, daß ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse bis jetzt keine Verbesserungen aufzuweisen haben. Die Unternehmer aber befürchten, daß die Stoffweber nunmehr, nach dem letzten Kampfe, ihre Organisation zu einer ebenso guten ausbauen werden, wie die Arbeiter der anderen Branchen, und daher kommen sie jetzt und machen in ihrem Leibblättchen den Versuch, durch Gründung einer Streifbreeherorganisation einen Keil in die zu schaffende Einigkeit der Arbeiter zu treiben.

Dieser Versuch, eine gelbe Gewerkschaft zu gründen, mag aber nun die Krefelder Arbeiter ermahnen, die Streiktag unter sich zu begreifen und mit vereinten Kräften daran zu arbeiten, daß diesem gelben Wechselbalg gleich bei seiner Geburt das Lebenslicht ausgeblasen wird. Denn was soll denn mit dieser Streifbreeherorganisation in Wirklichkeit bezweckt werden. In dem Laborat der „Krefelder Bürgerzeitung“ ist nicht ohne Absicht fortwährend davon die Rede, daß angeblich die Krefelder Seidenindustrie zugunsten des Auslandes geschädigt werde. Schon fortwährend wird seitens der Fabrikantenpresse behauptet, die jetzigen Löhne der Krefelder Seidenweber seien gegenüber denen im Auslande zu hoch; man könne nicht mehr konkurrieren. Da leuchtet es doch jedem Menschen, der nicht ganz verblödet ist, ein, daß mit dem Hinweis auf die angeblich günstigeren Verhältnisse in der Seidenindustrie des Auslandes, eine Behauptung, die oben drein unwar ist, nichts anderes ins Auge gefaßt worden ist, als wie der Krefelder Seidenindustrie niedrigere Löhne zu verschaffen. Und dazu soll die gelbe Streifbreeherorganisation dienen. Dazu, daß ihnen die Löhne um 20 bis 25 Proz. gekürzt werden können, sollen die Arbeiter wöchentlicher ihre Beiträge zahlen. Das ist denn doch etwas zu viel verlangt. Und daß die Arbeiter selbst zu einer solchen Untergrabung ihrer Existenz die Handhabe bieten sollen, das kann nur die Unversoretheit eines Fabrikantenblattes verlangen. Die Arbeiter Krefelds werden sich auch dann nicht zu einer solchen Selbstvernichtung ihrer Existenz herbeilassen, wenn man, wie dies die „Bürgerzeitung“ mehrfach tut, damit droht, die Fabrikanten würden ihre Fabriken in andere Städte verlegen. Selbst wenn an dieser Drohung ein wahres Wort sein sollte, was nicht der Fall ist, würde man uns damit nicht schrecken können. Denn ohne die Arbeiter können die Fabrikanten eben auch in jenen „anderen“ Städten nichts anfangen. Die „Bürgerzeitung“ betont es ja selbst, daß die Fabrikanten einen guten Arbeiterstamm haben müssen. Und den findet man eben nicht wo anders. Daß aber die Krefelder Seidenweber deshalb ihre Existenz gefährden sollen, um nur dem Krefelder Bürgertum zur reiflosen Ausbeutung als Konsumenten erhalten zu bleiben, das kann nur die „Krefelder Bürgerzeitung“ verlangen.

Nein! Gerade das Gegenteil von dem, was hier geschehen soll, müssen die Krefelder Seidenarbeiter tun. Sie müssen es entschieden ablehnen, daß sie von den Handlangern des Unternehmertums in zwei Lager getrennt werden sollen. Einigkeit, nur Einigkeit macht stark! Daher lehne man es entschieden ab, einer solchen Streifbreeherorganisation auch nur die geringste Existenzberechtigung einzuräumen. Seidenarbeiter Krefelds, strebt danach, eine ebenso einige und alles umfassende Kampfesorganisation zu schaffen wie die Seidenfabrikanten. Und will man dann Frieden in der Industrie haben, dann wird man eure berechtigten Interessen anerkennen und in Tarifverträgen festlegen müssen. Weg daher mit dem gelben Wechselbalg! Sod die freien Gewerkschaften!

Abwehrbewegung der Berliner Textilarbeiter.

Die durch die Geldknappheit bedingte wirtschaftliche Krise hat, wie überall, so auch in der Berliner Textilindustrie ein bedeutendes Abschlagen der Konjunktur — eine fast vollständige Lähmung des Geschäftsganges — zur Folge gehabt. In allen Betrieben der Teppich- und Plüschbranche macht sich das in einer für die Arbeiterschaft recht unangenehmen Weise bemerkbar. Vielfach wird mit bedeutend verfrühter Arbeitszeit gearbeitet; stunden- und tagelanges Warten auf Material ist an der Tagesordnung. Trotzdem muß in einzelnen Betrieben ein erheblicher Teil der Belegschaft viele Wochen hindurch aussetzen, während es bei der Firma Benjamin u. Comp. schon zu direkten Entlassungen einer Anzahl Weber gekommen ist. Von sich klug und weise dünkenden Sozialpolitikern bürgerlicher Couleur wird den organisierten Arbeitern jetzt immer der Vorschlag gemacht: Um über die Krise so gut es geht hinwegzukommen, sei es besser, daß die gesamte Arbeiterschaft des einzelnen Betriebes täglich weniger Stunden arbeitet, als daß ein Teil entlassen wird, damit der andere voll arbeiten kann. Es wird als eine Brutalität der organisierten Arbeiterschaft hingestellt, wenn sie es dulden resp. damit einverstanden sind, daß von kurzfristigen und wenig Einsicht besitzenden Unternehmern in diesen Zeiten kurzerhand ein Teil der Arbeiter entlassen — also arbeitslos gemacht und somit der Not und dem Elend mit ihren Familien preisgegeben werden. — Nun, es bedarf bei den organisierten Arbeitern dieser bürgerlichen Moralprediger nicht! Sie wissen schon, was sie zu tun haben! Es geht hier wie schon so häufig: den Arbeitern werden die von den Unternehmern begangenen Sünden vorgehalten und aufs Konto gesetzt. Man hat sich, wie immer, wenn man den Arbeitern eins auszuweisen will, wieder mal in der Tür geirrt resp. sich an die falsche Adresse gewendet. Wir lassen uns aber die Begehungs- und Unterlassungssünden der Unternehmer nicht ankreiden! Ohne auch nur den Schatten eines Beweises erbringen zu können, setzen bürgerliche Sozialpolitiker solche die organisierte Arbeiterschaft beschimpfenden Behauptungen in die Welt.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Nicht leere Behauptungen, sondern Tatsachen beweisen! — Die organisierten Textilarbeiter Berlins haben den Gedanken: Lieber alle täglich weniger Stunden arbeiten, als daß ein Teil entlassen wird, damit die anderen voll arbeiten können, schon lange vorher in die Tat umzusetzen versucht, ehe er in dem Hirn eines Angehörigen der besitzenden Klasse überhaupt erst dümmerte. Leider sind die Unternehmer dafür vielfach nicht zu haben. Der Herr-im-Hause-Standpunkt verbietet es ihnen, einen solchen Pakt mit den Arbeitern einzugehen. Sie wollen auch meistens während der Krise ihr Geschäft machen — d. h. die Löhne kürzen und die Arbeitsverhältnisse verschlechtern. Und deshalb paßt es ihnen auch durchaus nicht in den Kram, wenn die Arbeiterschaft mit solchen Vorschlägen an sie herantritt. Die Unternehmer warten oft genug schon darauf, daß ihnen ein nach dieser Richtung gehender Vorschlag gemacht werden soll. Sie sagen sich dann stets: Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir unsere Kräfte zu einem ergiebigen Fischzug aus-

Einschüßige Schoddy-Portieren und Portieren-Stoffe.

Table with 3 columns: Für Abschleichen des Sockels pro Portiere à Zahle, Für glatt à Zahle, and prices in Pfennigs.

000r.—800r. Maschine Grundfette circa 3 gg. . . à Zahle 7 1/2 Pf. Figurfette 3—6 gg.

Zu vorstehenden Löhnen sind zuzuzahlen: Für Treiben und Scheren glatt . . . pro Zahle 0,8 Pf. mit bunten Spiegeln . . . 1

Die Zahle Mule ist zu 700, die Zahle Zwirn zu 710, die Zahle Water zu 720 Meter zu berechnen.

Warp: Zahlentlänge 470 Meter — Kammgarn: 1/2 Zahle 480 Meter. — Treiben und Scheren glatt pro Zahle 0,6 Pf.

Statt 600r.—880r. Maschine pro Zahle 1/2 Pf. mehr bei 1320r. . . 1 1/2 Pf. bei 2 x 600r. . . 1 1/2 Pf.

Besondere Abweichungen nach Uebereinkunft. Jacquardarten sowie Ketten und Schutzmaterial sind Eigentum des Fabrikanten und dürfen zu keinem anderen Zwecke verwendet werden.

Unfreiwilliger Geschirrwchsel wird nach Vereinbarung vergütet. Die mit allen obengenannten Artikeln in Frage kommenden Fabrikanten haben durch Unterschrift diesen Tarif anerkannt.

Das Arbeitskammengesetz.

Am Dienstag voriger Woche ist dem Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung von Arbeitskammern, zugegangen, und zu gleicher Zeit ist dieser Entwurf im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Nach diesem Entwurf, den wir in nächster Nummer zum Abdruck bringen und einer eingehenderen Betrachtung unterziehen werden, sollen keine reine Interessenvertretungen der Arbeiter, wie solche die Handelskammern für die Industrie und Handel, die Landwirtschaftskammern für die Landwirtschaft und die Handwerkskammern für die Handwerker sind, geschaffen werden, sondern, wie schon der Name sagt, Arbeitskammern, in denen Unternehmer und Arbeiter zu gleichen Teilen sitzen und in denen ein Beamter, der weder Unternehmer noch Arbeiter ist, den Vorsitz führt. Die Arbeitskammern sollen nicht für Bezirke, sondern für Berufe organisiert und überall mit den Berufsgenossenschaften, welche auch die Kosten tragen, territorial zusammenfallen. Wo, wie in der Süddeutschen Textilberufsgenossenschaft, verschiedene, ganze Bundesstaaten umfassende Sektionen bestehen, kann auch für das Gebiet dieser Sektionen eine Arbeitskammer errichtet werden. Demnach werden also diese Arbeitskammern vorerst nur für die Großindustrie geschaffen werden. Die Wahl der Vertreter in die Arbeitskammern erfolgt für die Arbeitgeber durch die Berufsgenossenschaften, für die Arbeiter durch die Arbeiterausschüsse, dort, wo diese existieren. Es wird eine unausbleibliche Folge dieses Gesetzes sein, daß die jetzt fakultativen Ausschüsse in absehbarer Zeit für Betriebe bis zu einer gewissen Größe obligatorisch gemacht werden. Es handelt sich also um indirekte Wahlverhältnisse, bei denen auch die Arbeiterinnen wiederum als rechtlose Sklavinnen betrachtet werden. Die Arbeiterinnen, die in der Textilindustrie circa 60 Proz. der Beschäftigten ausmachen, sollen auch hier, wo es sich um ihre vitalsten Interessen handelt, nicht wählbar sein, und ebenso alle Arbeiter unter 30 Jahren. Auch den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der Arbeiter, den Verbandsbeamten soll das passive Wahlrecht verweigert werden. Man will nur von den Unternehmern abhängige Arbeiter in diese Körperschaften haben, damit sie sich dem Terrorismus der Scharfmacher fügen müssen, wenn sie nicht riskieren wollen, gemahregelt zu werden. So wie die Sache hier geplant ist, will sie für die Arbeiter ziemlich wertlos. Deshalb auch die Zustimmung der reaktionären und Scharfmacherblätter, auf welche wir ebenfalls in nächster Nummer zurückkommen werden. Die Aufgabe der Arbeitskammern soll in der Hauptsache die sein, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen Gutachten über Vorlagen der Regierung erfassen, allgemeine Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse des betreffenden Berufs veranstalten, Anträge an die Regierung stellen und die schiedsrichterliche Tätigkeit der Gewerbegerichte dort übernehmen, wo solche noch nicht bestehen und wo die Streitigkeiten sich auf mehrere Gewerbe erstrecken.

Wenn auch nun etwas Brauchbares für die Arbeiter dabei herauskommen soll, wird der Reichstag eine gründliche Umänderung vornehmen müssen.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Die Berliner Textilindustriellen versuchen durch angekündigte und teilweise bereits durchgeführte Lohnreduktionen die wirtschaftliche Krise für sich auszunutzen. — In einer stark besuchten Versammlung der Teppich- und Filzweber trat die über das Vorgehen der Unternehmer herrschende große Erbitterung der Arbeitererschaft fraß zutage. Wir berichten darüber näher in einem besonderen Artikel.

Die Lohnreduzierung bei Reimann in Forst i. S. ist zurückgenommen worden.

In der Weberei von Bergner u. Geist in Berga arbeiten bisher je an 4 Webstühlen 2 Personen. Für je 4 Stühle war eine Hilfskraft mit angestellt. Die Firma will dieses System ändern. Sie hat einen großen Teil der Hilfskräfte entlassen und angeordnet, daß jeder Weber und jede Weberin auf je 3 Stühlen arbeiten soll; laut Ankündigung sollen die Akkordlöhne um ein Drittel reduziert werden. Die Beschäftigten sind gut organisiert, sie haben das letzte Wort in der Angelegenheit noch nicht gesprochen. Auf alle Fälle werden sie der geforderten Mehrarbeit und den angekündigten Lohnkürzungen nicht zustimmen. Zugang ist fernzuhalten!

Wegen Lohnabzügen ist Zugang fernzuhalten von der Firma Carl Steudiner in B. t. au.

Die Differenzen bei den Stoffdruckern in Penig (Firma A. Glahser Nachf.) bestehen fort.

Die Differenzen bei der Rohhaarspinnerei Oppenheim in Söhne in Kassel sind beigelegt.

Ueber die Möbelpolimentfabrik von Leo Arnold in Nürnberg hat die dortige Organisation die Sperre verhängt. Grund: Schlechte Behandlung.

Ausland.

Oesterreich. Der Streik in Brünn dauert fort. Alle Mächte scheinen sich verbündet und verschworen zu haben, die Streikenden niederzuringen. Die Fabrik verliert schon über einige Streikbrecher. In einer Nacht soll ein Unbekannter in die Fabrik eingeschlichen sein und Ketten zerschneiden und andere Missetaten

verübt haben. Infolgedessen ging die Gendarmerie gegen die Streikenden vor und verhaftete zwei Brüder. Von einer Bezirkshauptmannschaft soll sogar die Verhaftung sämtlicher Streikender verlangt worden sein, die so lange in Haft behalten werden sollten, bis der Täter entdeckt sein würde. Daß einer der Streikbrecher sich einen „Zug“ gemacht haben könnte, auf den Gedanken scheint man nicht zu kommen. — Der Seilerstreik in Salato dauert auch noch fort. — Unsere Notiz in voriger Nummer über eine Aussperrung in der Posamentenfabrik von Bayer u. Kreuzig in Weipert beruhte auf einer falschen Meldung. Es handelte sich nur um Differenzen, die zu keinem offenen Konflikt führten.

Frankreich. Eine Aussperrung der Mühlstuhlarbeiter ist in dem Etablissement Reynaud, Gleizerl u. Kochier in Lyon am Jahresluß erfolgt und währt noch fort, weil die Arbeiterinnen des Betriebes geringe Lohn erhöhungen gefordert hatten. Von der Aussperrung sind 300 Personen betroffen. Diesen Willkürakt der Unternehmer, der einem Syndikat zugeschrieben wird, von dem man bis dahin nichts gehört hatte, führt man in der Hauptsache darauf zurück, daß die Arbeiterinnen sich organisiert haben. Alle Ausgesperrten sind Familienmütter. — Gelder nimmt die Union du Travail, Bourse du Travail, 39, Cours Morand, Lyon (Rhone) entgegen.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.

Im Breslauer Baugewerbe hat der Arbeitgeberbund den bisher gültigen Tarifvertrag gekündigt. Die bisher übliche Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden soll auf 10 Stunden verlängert werden. Die Arbeiter haben dieses Angebot für unannehmbar erklärt, um so mehr da auch der bisherige Stundenlohn von 55 Pf. nur für „tüchtige Kräfte“ in Zukunft gelten soll.

Aus dem Reichstage.

(Vom 3.—7. Februar.)

Diese Berichtswache begann mit der Beratung des Militäretats. Dabei wurde selbst von zwei höheren Offizieren nicht unwirksame Kritik an den Zuständen im Heerwesen geübt. So fand der konservative Abg. v. Bhern, daß erhebliche Ersparnisse gemacht werden könnten, und der Zentrumsabgeordnete Hauesler, der sowohl Gemeiner wie General war, begründete einen Antrag des Zentrums auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch für die Kavallerie und die reitende Artillerie. Natürlich wurden die Urteile der beiden Redner als Fehlurteile von Regierungsseite bezeichnet. Abg. Webel (Soz.) warf sich wieder kräftig für das Volkstheer ins Zeug. Als Uebergang dazu schlug er die einjährige Dienstzeit vor. Eingehend begründete er auch Anträge der sozialdemokratischen Fraktion auf Erweiterung der Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens und Erhöhung der Mannschaftslohne. Seine Ausführungen wurden, soweit sie das Militärtheer betrafen, von den Abgg. Dr. Mugdan, Liebert und Liebermann von Sonnenberg attackiert, ohne daß natürlich ihr Eindruck dadurch abgeschwächt wurde. Abg. Erzberger brachte Beschwerden über Maßregelung von Zentrumsanhängern durch die Kriegervereine vor. Abg. Nozke (Soz.) unterstützte dann in einer längeren Rede die Ausführungen Webels, in der er auch auf die Konfignierung der Soldaten am Tage der Wahlrechtsdemonstrationen zu sprechen kam, welche Maßregel zeige, wozu die herrschenden Klassen das Heer benutzen wollen. Der Stellvertreter des Kriegsministers, General Sirt von Armin, fand natürlich in der Heeresverwaltung alles in schönster Ordnung. Die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn bezeichnete er als Grundlage der Heeresverwaltung, an der nicht gerüttelt werden dürfe. (Die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn wird bekanntlich von demokratischer Seite als dem Volksempfinden und dem Konstitutionalismus zuwider bekämpft und für die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk bzw. das Parlament verlangt.) Davon wollen aber die Konservativen nichts wissen, die kein Vorrecht der Krone fahren lassen wollen, weil sie von ihm selbst selber profitieren. Deshalb stimmte auch Abg. v. Oldenburg-Januschau dem Vertreter des Kriegsministers verständnisvoll zu. Abg. Zubeil brachte besonders schwere Fälle von Soldatenmißhandlungen zur Sprache. Das Gehalt des Ministers wurde darauf bewilligt.

Angenommen wurden die Resolutionen der Budgetkommission, eine Denkschrift über die zweijährige Dienstzeit vorzulegen, des Zentrums über den Ernteurlaub, der Wirtschaftlichen Vereinigung über fakultative landwirtschaftliche Kurse, der Sozialdemokraten über die Durchführung der Öffentlichkeit der kriegsgerichtlichen Verhandlungen, der Sozialdemokraten und Freisinnigen auf Reform des Militärstrafgesetzbuches, der Konservativen und Freisinnigen auf Gewährung freier Fahrt für die beurlaubten Soldaten, letztere einstimmig. Die Resolution der Sozialdemokraten auf Einführung der einjährigen Dienstzeit wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Resolution auf Erhöhung der Löhnung wurde zurückgestellt.

Bei der Weiterberatung des Militäretats brachte Abgeordneter Stücken (Soz.) gewisse Kriegsgerichtsurlteile über Soldatenpeiniger und solche über Insubordinationsvergehen in einen wirkungsvollen Kontrast. Abg. Stadthagen (Soz.) zeigte im Anschluß daran, daß die Militärbehörden in ihrem Streben, die geheiligten Traditionen des Militarismus aufrecht zu erhalten, zuweilen sogar Feststellungen von Zivilgerichten ignorieren. Es wurde dann nach längerer Debatte, in welcher sich die sozialdemokratische Fraktion gemäß den Kommissionsbeschlüssen für eine bestimmte und die Regierung zu mehr verpflichtende Fassung aussprach, hinsichtlich der Zuckersteuer und -Konvention folgender Blockantrag angenommen:

Artikel 1.

Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 M. von 100 Kilogramm Reingewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zustande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der in Brüssel am 28. August 1907 vollzogenen Zusatzakte zu dem Vertrage über die Behandlung des Zuckers vom 5. März 1902 (Brüsseler Zuckerkonvention) in Kraft.

Es folgte dann die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Soziales.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland. In einigen Städten sind neuerdings im Januar 1908 von den Gewerkschaften Arbeitslosen-zählungen vorgenommen worden, so in Magdeburg, wo man 1273 Arbeitslose zählte. Da die Polizei aber die öffentliche Ankündigung der Zählung an den Anschlagtafeln verbot (!), dürfte diese Ziffer hinter dem wirklichen Tatbestand bedeutend zurückbleiben. Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit in Berlin gehen die Anschauungen beträchtlich auseinander. Während der „Vorwärts“ die Zahl der Arbeitslosen für Groß-Berlin am 21. Januar auf 50- bis 60 000 schätzte, veranschlagte sie Dr. Freund, der Vor-

sitzende des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, auf 30 000. Die Gewerkschaftskommission stellte durch Umfrage bei den angeschlossenen Verbänden am 15. Januar 25 000 organisierte Arbeitslose fest. Die unorganisierten und die anderen Organisationen angehörigen Arbeitslosen sind hierbei nicht mitgerechnet, auch sind nicht alle Vororte berücksichtigt. Von den Leistungen der Gewerkschaften in der Arbeitslosenfürsorge geben folgende Zahlen ein Bild: Die Berliner Holzarbeiter zählten im 4. Viertel 1907: 133 500 Mk. Arbeitslosenunterstützung, die Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes zählte vom 15. Dezember bis 15. Januar 71 000 Mk. Die an das Statistische Amt berichtenden Verbände verausgabten Oktober bis Dezember 1907 über 1 Million Mark für Arbeitslose. In einer Reihe von Städten haben die Arbeitslosen Vornahme von Notstandsarbeiten und sofo: Age Nuangriffnahme der geplanten öffentlichen Bauten gefordert. (Ebersfeld, Stuttgart, Magdeburg, Wernigerode, Frankfurt a. M., Mannheim, Plauen u. a. haben auch bereits Vorkahrungen getroffen. Die gezahlten Löhne schwanken zwischen 2 und 3 Mk. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat einen entsprechenden sozialdemokratischen Antrag einem Ausschuß überwiefen.

Ausweispapiere für ausländische Arbeiter, wie sie Preußen an seiner östlichen Grenze eingeführt hat, sollen auch bei den beiden Mecklenburg, Oldenburg, Vüdeburg, Lippe-Deimold zur Einführung gelangen. Die „Köln. Ztg.“ berichtet dazu: Diese vorgenannten Bundesstaaten werden sich dem preussischen Vorgehen anschließen, und die Ausstellung der Legitimationsarten wird von den zu diesem Zwecke an der österreichischen und russischen Grenze von Preußen eingerichteten Grenzämtern auch für die nach jenen Bundesstaaten bestimmten Arbeiter geschehen. Es kann wohl angenommen werden, daß die noch schwebenden Verhandlungen zwischen Preußen und den übrigen norddeutschen Bundesstaaten binnen kurzem zu einer gleichen Einigung führen werden. Preußen gibt ja in solchen Dingen auch für die übrigen Bundesstaaten den Ton an.

Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsleistung. Die „Revue Republique“ in Sainte Etienne veröffentlichte im Anschluß an die friedlich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung im Loirebecken eine Unterredung mit einer „berufenen Persönlichkeit“ über den Einfluß derartiger Aenderungen auf die Produktion. Die Antwort lautete: Die Arbeiterschaft ist im Jahre 1900 die Verpflichtung eingegangen, trotz Verkürzung der Arbeitszeit dieselbe Förderung zu leisten, und die Werkverwaltungen ihrerseits haben sich ebenfalls verpflichtet, ihre Produktionsmethoden nach Möglichkeit zu verbessern, um den Arbeitern die Erfüllung ihrer Aufgabe zu erleichtern. Von 1902 bis 1907 ist nun die jährliche Durchschnittsleistung auf den Kopf des Grubenarbeiters unter Tage wie folgt gestiegen: 239, 281, 282, 299, 310 und 315 Tonnen. Die Preissteigerung für die Kohle betrug dabei in den letzten Jahren 1906 und 1907 3 bis 6 Frank die Tonne und mehr, während die Löhne der Grubenarbeiter nur sehr bescheiden aufgebessert wurden.

Die Sozialreform in England, die mit dem Amtsantritt der liberalen Regierung 1906 einen starken Anlauf nahm (Gewerksvereinsgesetz, Ausbau der Unfallentschädigung, Schulspesung), dann aber wieder ins Stocken kam, soll nunmehr auf verschiedenen Gebieten weitergeführt werden. Von sozialpolitischen Gesetzen nennt die Thronrede, mit der am 29. Januar der König das Parlament eröffnete, insbesondere den Achtstundentag für Kohlenbergleute unter Tag, die Verbesserung der Arbeiter-Wohnungsgesetzgebung, den Ausbau des Kinderschutzes; dazu kommen noch Vorlagen für die Verbesserung des Elementarschulwesens. Die Arbeiterorganisationen rüsten sich eifrig für die Beeinflussung des Parlaments zugunsten ihrer Forderungen.

Zu der Bremer Wollwäscherei in Lesum, in welcher seit einem Jahre in Tag- und Nachtschicht gearbeitet wurde, wurde wegen Mangel an Beschäftigung die Nachtschicht am 1. Februar plötzlich eingestellt.

58 Arbeiter erhielten ihre Entlassung.

Gerichtliches.

Die Konkurrenzklause. Die Bleicherei vorm. H. H. Prinz Nachf. A.-G. in Lechhausen hatte gegen den ehemals bei ihr beschäftigt gewesenem Färber und Appreturmeister Johann Grimm Klage angestrengt. Der Beklagte war in den 90er Jahren bei der Klägerin in Arbeit getreten und hatte am 27. April 1898 einen schriftlichen Dienstvertrag abgeschlossen, wonach er einen Monatsgehalt von 120 Mk. bezog. In diesem Vertrag war der Passus enthalten, daß Grimm nach seinem eventuellen Austritt aus dem Geschäft zwei Jahre lang bei keinem Konkurrenzgeschäft in Deutschland eintreten dürfe, anderenfalls er eine Konventionalstrafe von 6000 Mark zu bezahlen habe. Wenn nun auch im Laufe der Jahre das Gehalt bis zu 165 Mk. im Monate stieg, so stand die vereinbarte Konventionalstrafe doch noch immer in einem schreienden Mißverhältnis dazu. Der Beklagte hatte dies auch empfunden und den Vertrag seinerzeit nur unterschrieben, um sich und seine Familie nicht brotlos zu machen. Am 1. Oktober 1904 trat Grimm bei der Klägerin aus und verfuhr sich zuerst selbständig zu machen. Am 1. Mai 1905 trat er bei der Firma A.-G. Wemberg in Varmen als Färbermeister ein, was seine frühere Arbeitgeberin veranlaßte, den Betrag von 6000 Mk. zu verlangen und, als sie ihn nicht erhielt, Klage anzustrengen. Der Beklagte machte geltend, daß er seiner mangelnden Sprachkenntnis halber im Ausland keine Stellung annehmen könne und deshalb gezwungen gewesen sei, sich in Deutschland eine solche zu suchen. Der die Konventionalstrafe festsetzende § 3 des Vertrages verstoße gegen die guten Sitten und sei deshalb rechtsunwirksam. Das Landgericht verurteilte Grimm zur Zahlung einer Konventionalstrafe von 500 Mk. und überbürdete ihm ein Zwölftel der sämtlichen Kosten. Im übrigen wurde die Klage abgewiesen, der klägerischen Firma wurden die restlichen elf Zwölftel der Kosten überbürdet. — Gegen dieses Urteil legte der Beklagte Berufung ein mit dem Antrag, die Klage unter Aufhebung des erstrichterlichen Urteils abzuweisen. Die Klägerin schloß sich der Berufung an mit dem Antrag, den Beklagten Grimm zur Zahlung der vollen 6000 Mk. zu verurteilen. Das Oberlandesgericht hat nun die Klage völlig abge wiesen und der Bleicherei A.-G. die sämtlichen Kosten neben der Instanzen aufgebürdet. (Wir haben die Angelegenheit schon einmal in Nr. 24 vorigen Jahrgangs erwähnt.)

Vor dem Schöffengericht zu Reichenbach i. S. hatte sich am 3. Februar der Vorsitzende der Filiale des Textilarbeiterverbandes für Neßschau wegen Vergehens gegen §§ 2 und 33 des schöfflichen Vereinsgesetzes zu verantworten. Der Sachverhalt ist folgender: Am 12. November 1907 fand im Gasthaus „Thüringer Hof“ in Neßschau eine kombinierte Fabrikbesprechung statt, an welcher die Betriebe Moritz Zimmermann, Arthur Opitz, Gotthardt Kessler und Friedrich Weher, alles Webereien, teilnahmen. Es sollte eine Ausrede über den Lohnstarif und die allgemeinen Bestimmungen deselben sowie über eventuell einzureichende neue Lohnforderungen beraten werden. Die Zeugen, Webereizegpedient Reinhardt, Weber Sonntag und Weber Drechsler bekundeten, daß in der Besprechung vom Vorsitzenden der Neßschauer Filiale des Textilarbeiterverbandes ein kleines Referat über die Lohnverhältnisse der Betriebe und die allgemeinen Bestimmungen des Lohnstarifs gegeben wurde und die Arbeiter ersucht wurden, mit neuen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Die allgemeine Forderung sei Ursache, mehr Lohn zu fordern, komme es dann infolge der Lohnforderung wieder zu einer Aussperrung oder dergleichen, so müßte jeder auch die Konsequenzen ziehen. Die Einladungszeitel zur Fabrikbesprechung haben die Arbeiter selbst ausgefüllt, die Formulare wurden dazu vom Vorsitzenden der Neßschauer Filiale geliefert. Daraus schloß man, daß Behold die Versammlung mit-einberufen habe, und er wurde deshalb zu 15 Mk. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Der Angeklagte habe die Laufzettel hergegeben, den Saal bestellt, deshalb sei er als Mit-einberufer anzusehen und hätte demzufolge die Versammlung anmelden sollen, da es von anderen Einberufern nicht geschehen sei. Ob eine öffent-

Liche oder nichtöffentliche Versammlung, komme hier nicht in Betracht, sondern daß die Belegschaften mehrerer Fabriken in einem Lokal zusammen waren und alle Arbeiter des Bezirks an der Lohnfrage interessiert seien und die Verbandseinrichtungen mitbesprochen wurden.

Aus Unternehmerkreisen.

Rüftungen der Unternehmer gegen die Gewerkschaften. Die Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller, in welcher bekanntlich die Textilindustriellen tonangebend sind, macht die größten Anstrengungen, um den letzten Unternehmer in die Organisation zu bekommen.

Unter Bezugnahme auf unsere wiederholten Rundschreiben und die Ihnen zugegangenen Satzungen unserer Gesellschaft bitten wir Sie hierdurch nochmals dringendst, mit Ihrem Beitritt nicht länger zu zögern.

Unsere Gesellschaft bezweckt die Verhütung von Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder und eintretendenfalls die Entschädigung der durch Streiks hervorgerufenen Nachteile dergestalt, daß für jeden Streiktag pro Arbeiter bis zu 25 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes des gesamten bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Personals bewilligt werden.

Ungeachtet der stetig steigenden Machtmittel der Gewerkschaften, deren jährliche Einnahmen von 27 812 257 Mk. im Jahre 1905 auf 41 602 939 Mk. im Jahre 1906 gewachsen sind, muß sich jeder Industrielle im eigenen wie im allgemeinen Interesse seiner Pflicht zur Uebung der gleichen Solidarität und Opferwilligkeit, wie sie die Arbeitererschaft so glänzend zeigt, bemüht werden.

Der Schutz, welcher von den einzelnen Branchenverbänden den Industriellen genährt wird, bedarf, soweit die Verbände nicht selbst über große Streikentschädigungsfonds verfügen, der Ergänzung durch die materielle Beihilfe, die ihnen unsere Gesellschaft zur Durchführung von Streiks gewährt.

Wie die Arbeitererschaft, in großen Blocks vereint, den Kampf gegen die Arbeitgeber führt, so dürfen auch die Industriellen ihrerseits ihre Kräfte nicht bloß in einzelnen speziellen Branchenverbänden zusammenschließen, sondern sie müssen sich zur Abwehr außerdem in einer alle Branchen umschließenden Organisation, wie die unsere, vereinigen.

So hat sich unsere Gesellschaft, welche gegenwärtig bereits ziemlich tausend sächsische und außersächsische Fabrikbetriebe als Mitglieder besitzt, in allen Fällen als ein festes Bollwerk gegenüber dem Uebermut und den übertriebenen Ansprüchen der Arbeitererschaft bewiesen.

Wir bitten deshalb nochmals dringend, die beifolgende Beitrittserklärung möglichst umgehend vollzogen zurückzusenden.

Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen.

NB. Mit der Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft muß die Mitgliedschaft bei dem Verband sächsischer Industrieller verbunden sein. Dieser umfaßt circa 3900 Fabrikbetriebe, und ihm ist der Einfluß zu verdanken, den die sächsische Industrie allmählich auf die Gesetzgebung des Landes gewinnt.

Wie die Leser hieraus ersehen, sind die Unternehmer unabhängig an dem Ausbau ihrer Verbände zu starken Kampforganisationen tätig. Den Kollegen mögen diese Rüftungen der Unternehmer zur Mahnung dienen, ihre Organisationen ebenfalls nach Kräften zu stärken.

Aus Handel und Industrie.

Rohstoffversorgung der deutschen Textilindustrie im Jahre 1907. Die Rohstoffversorgung im Textilgewerbe hat im laufenden Jahre einen ungewöhnlichen Aufschwung genommen; sie ist in den ersten neun Monaten um nicht weniger als rund 19 Proz. gegen 1906 gestiegen.

Table with 3 columns: Rohstoff, 1906, 1907, Zunahme. Rows include Baumwolle, Wolle, Seide, Jute.

Außer diesen Rohstoffen sind auch noch Flach, Hanf, Heide, Ramie usw. dem deutschen Textilgewerbe in sehr viel größeren Mengen als im Vorjahr zugeführt worden.

Bei Baumwolle stellen sich die Preise nämlich wie folgt: Krefeld Nr. 40-120 7,03, in Rohstoff 1 dz (Doppelzentner) 7,03, Sept.

Der Wert der amerikanischen Baumwollkernten in den fünf Jahren 1902 bis 1906 wird amlichserseits wie folgt veranschlagt:

Table with 5 columns: Jahr, Gesamtwert, Upland, Sea Island, Baumwolle überhaupt. Rows for years 1906, 1905, 1904, 1903, 1902.

Spindelzahl und Baumwollverbrauch in den Baumwollfabriken der Vereinigten Staaten von Amerika 1906/07. Die Leistungsfähigkeit der Baumwollfabriken in den Vereinigten Staaten von Amerika hat im Baumwolljahr 1906/07 (bis 31. August) erheblich zugenommen.

Table with 4 columns: Nordstaaten ca., Südstaaten, Zusammen, and values for 1906/07, 1905/06, 1904/05, 1903/04.

Für die Nordstaaten stehen Einzelzahlen noch nicht zur Verfügung; in den Südstaaten verteilte sich die Zahl der Fabriken, Spindeln und Webstühle in folgender Weise:

Table with 5 columns: Staaten des Südens, Fabriken, Spindeln vorhanden, im Betrieb, Webstühle im Betrieb, Durchschn.-nummer des hergestellten Garns. Rows for Virginia, North Carolina, etc.

Fast ausnahmslos waren die Spinnereien vollauf beschäftigt, und wo Spindeln und Stühle außer Betrieb blieben, geschah das nur infolge Mangels an Arbeitskräften.

Der Baumwollverbrauch gestaltete sich im Süden und Norden sowie in den gesamten Vereinigten Staaten in den letzten Jahren folgendermaßen:

Table with 4 columns: Nordstaaten, Südstaaten, Vereinigte Staaten, and values for 1906/07, 1905/06, 1904/05, 1903/04.

Technisches.

Schlagartenloses Weben von Damast. Fachblätter berichten über einen in der Dubliner Industrieausstellung ausgestellt gewesenen Damaststuhl, auf dem in ganz neuer und eigenartiger Weise großgemusterte Jacquardware (Damast) hergestellt wurde.

Eine Petinet- und Mindermaschine ist der Firma A. Doehnel in Chemnitz unter Nr. 190 894 patentiert worden. Die Maschine ist für flache Wirfstühle bestimmt, deren Petinet- und Mindernadeln in gleicher Ebene liegen, und ist dadurch gekennzeichnet, daß zwecks Ermöglichung der Anwendung einzeln beweglicher, mittels einer Mustervorrichtung oder einer Jacquardmaschine einstellbarer Petinetnadeln, die Minderdeckel vor der Petinetmaschine angeordnet und nach vorn aussschwingbar gemacht sind.

Ein neuer Cotton-Wirfstuhl von Ernst Hoeknecht in Chemnitz (D. R. P. Nr. 190 195). Bei diesem sind in den Antrieb der Schaltspindeln für die Fadenführer- und die Minderdeckerschienen, der wie bisher durch die Ergattermelle eingeleitet wird, zwecks Anordnung von wenig freilegendem, selbsthemmendem Gewinde auf diesen Spindeln ein Nadelvorgelege und eine Reibungskuppelung eingeschaltet.

Erklärung.

Durch einen Zufall erfahre ich, daß in Nr. 3 der „Einigkeit“ bereits zum zweitenmal die Behauptung aufgestellt wird, der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Kollege Güblich, habe in der Versammlung der freienben bzw. ausgesperrten Textilarbeiter in Krefeld, welche am 21. Dezember in Eichenhal stattfand, den überwachenden Beamten aufgefordert, die Versammlung aufzulösen.

Wir ist der Vorgang genau in der Erinnerung und halte ich mich zu der Erklärung verpflichtet, daß Genosse Güblich genau das Gegenteil von dem sagte, was die „Einigkeit“ ihm unwahrer Weise in den Mund gelegt hat.

Patent-Bericht.

Mitgeteilt vom Patentanwalt Ingenieur W. Kornfeld, Wien, VII., Karl Schweighofergasse 9. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt.

Ausgelegt am 1. Februar 1908, Einspruchsfrist bis 1. April 1908. Kl. 86b. Heinrich Schneck, Kaufmann in Wien. — Greifernadel für Webstühle zur Entnahme einzelner Koffhaare oder dergl. aus einem Bündel: Das vordere zangenartige Ende der Greifernadel ist in der Weise gestaltet, daß der eine Zangenschmel ein feststehendes Widerlager für die in das Zangenschmel eingetretenen Koffhaare und der zweite Zangenschmel einen gegen den ersten federnd wirkenden Verdränger bildet, welcher sämtliche in das Maul eingetretenen Haare bis auf ein an der Naht eines oder beider Zangenteile hängengebliebenes Haar nach außen drängt, letzteres aber festklemmt.

Ausgelegt am 20. Januar 1908, Einspruchsfrist bis 20. März 1908. Kl. 86c. Paul Schulte, Berlin, Choriner Straße 27. — Rohrwebstuhl. Kl. 86c. Fa. C. E. Werner, Dresden-N. — Vorrichtung zur Herstellung von Franzen. Kl. 86e. Josef Blüsch, Bochum bei Rastberg, Oesterreich. — Antriebsvorrichtung für die Drehschöpfe von Rohrwebstühlen. D. N. Gebrauchsmuster. Kl. Johann Bungs, Rheidt bei Düsseldorf. — Nach Art der Treibriemen gewebter, mit einer erhärtenden, gähnen Masse durchtränkter Schlagriemensschuh für Webstühle. — 327 749. Kl. 86d. Hermann Müllers und Arthur Spindler, Dülken, Rhld. — Gemustertes Blüsch. — 327 549.

Berichte aus Fachreisen.

Abend i. F. Am Sonntag, den 2. Februar, hielt die hiesige Filiale ihre ordentliche Generalversammlung im Saale des „Feldschlösschens“ ab. Dieselbe war zahlreich besucht. In Stelle des geflüchteten Kassierers Riemann, gab der 1. Vorsitzende Pöllenitz den Kassenbericht. Die hiesige Filiale hat um 67 neue Mitglieder zugenommen, so daß am Schluß des Quartals 180 Mitglieder, inkl. der weiblichen, vorhanden waren.

Zum Schluß sprach der Vorsitzende seine Anerkennung über den günstigen Verlauf der Versammlung aus und betonte, daß infolge der Affäre Riemann niemand dem Verbands den Rücken gefehrt habe, im Gegenteil seien neuen Aufnahmen zu verzeichnen gewesen. Das sei ein Beweis von tiefwurzelnder Ueberzeugungstreue. Mit ihr müßen wir auch fernherhin vorwärts kommen.

Einigen. Sonntag, den 12. Januar, hielt unsere Filiale die diesjährige Generalversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Den Kassenbericht erstattete Kollege Winfler. Nach der Entlastung ging man zu den Neuwahlen über. Diefelben zeitigten folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Ernst Winfler, 2. Vorsitzender O. Schwarz, 1. Schriftführer A. Bodena, 2. Schriftführer L. Spohn, Kassierer W. Binder. Revisoren: Pizmann, Fehler und Maier. Auch die Kartelldelegierten wurden gewählt. Kollege Pizmann erstattete sodann Bericht von der Gaufonferenz in Stuttgart, der beifällig aufgenommen wurde. Unter „Verschiedenes“ wurde von mehreren Kollegen die derzeitige Lage unseres Gewerbes besprochen und die Anwesenden aufgefordert, fest und treu zu unserer Sache zu stehen.

Göfnitz. Am Sonnabend, den 25. Januar, hielt die hiesige Filiale ihre Monatsversammlung ab. Im Situationsbericht wurde bemerkt, daß die jetzt immer schärfer einsetzende wirtschaftliche Krise auch bei uns sich bemerkbar macht. Wir wollen einmal von Betrieb zu Betrieb gehen. Zuerst zu Richard Geithner. Selbiger hat seinen Betrieb im Februar 1906 eröffnet. Er hat 12 Stühle gehen und macht Lohnarbeiten für Quas in Meerane. In diesem Betrieb wird jetzt ein jeder geringfügige Fehler bestraft. Ein Kollege beschwerte sich über die zu hohen Abzüge; es ist vorgekommen, daß er bis 2,50 Mk. Abzug hatte, 2,65 Mk. machte es Lohn, er bekam also für seine Arbeit ganze 15 Pf. ausgezahlt. Er hat während seiner Beschäftigung in diesem Betrieb schon circa 25-30 Mk. Abzug erhalten. In der Weberei von Boiwisch, welcher sein Hauptgeschäft in Meerane und seinen mechanischen Betrieb hier hat, hat in letzter Zeit infolge der allgemein herrschenden Krise ein flauer Geschäftsgang eingesetzt, der mandem Arbeiter infolge Mariens auf Ketten schon bedeutenden Schaden verursacht hat, der noch größer wird durch Abzüge für die geringfügigsten Fehler. Auf einem Stuhl kam es vor, daß der Schuß auf einer Seite kleine Schlingen hinterließ. Der Meister bemühte sich längere Zeit, brachte aber den Fehler nicht weg, aber trotzdem erhielt die Arbeiterin für jedes Stück 30 Pf. Abzug. In der Spinnerei von Bruno Jahn, Abteilung Weberei, geht es sehr schlecht. Schon vor Weihnachten haben Entlassungen stattgefunden wegen Arbeitsmangel. Kürzere Arbeitszeit, Warten auf Arbeit ist nicht selten, sogar mußten Arbeiter 8 Tage aussetzen. Löhne von 6-8 Mk. sind an der Tagesordnung. Mehrere Arbeiter haben freiwillig dem Betriebe den Rücken gefehrt. Die Organisation hat hier keinen Einfluß; trotz mehrerer Versuche ist es nicht gelungen, die Weber zu organisieren.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend erjuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschnitt anzugeben.

Die unten folgenden Orte sind ihren Verpflichtungen der Hauptkassie gegenüber bisher noch nicht nachgekommen; wir fordern dieselben hierdurch auf, die Abrechnungen nunmehr sofort einzusenden.

Der Zentralvorstand.

Gauverwaltungen.

Gaukonferenz für Thüringen.

Die Gaukonferenz findet am 14. und 15. März in Böfneß im „Rittergarten“ statt.

Tagesordnung:

- 1. Geschäftsberichte vom Gauleiter, Gauvorstand, Gaukassierer. Diskussion.
2. Anträge zu der Verbandsgeneralversammlung.
3. Anträge des Gauvorstandes, der Filialen und Delegierten.
4. Wahl des Gauortes und des Gauleiters.

Nach Maßgabe des Gaureglements sind 48 Delegierte zu wählen. Es haben zu wählen:

Table with 4 columns: Filialen, Delegierte, Filialen, Delegierte. Lists various locations and their respective delegates for the Gaukonferenz.

Das Resultat der Wahlen ist bis zum 2. März an den Gauvorstand zu berichten. Anträge zur Tagesordnung und solche auf finanzielle Beihilfe zur Delegation sind ebenfalls bis 2. März einzureichen.

Gera, den 11. Januar 1908.

Der Gauvorstand für Thüringen.

Max Krause, Vorsitzender, Alte Schloßgasse 11.

Gau Vogtland. Gaukonferenz für den Gau Vogtland. Die Gaukonferenz für den Gau Vogtland findet am 21. und 22. März im August Rieflingschen Lokale in Reichenbach i. B. statt.

Tagesordnung: 1. Berichte des Gauleiters, des Gauvorstandes und des Gaukassierers. 2. Bericht der Delegierten. 3. Stellungnahme zu der in Leipzig stattfindenden Generalversammlung. 4. Anträge des Gauvorstandes und der Filialen. 5. Wahl des Gauleiters und des Gauortes. Nach dem Gaureglement sind 54 Delegierte zu wählen. Es haben zu wählen:

Table with 4 columns: Filiale, Delegierte, Filiale, Delegierte. Lists various locations and their respective delegates for the Gaukonferenz im Gau Vogtland.

Das Resultat der Wahlen ist bis 9. März an den Gauvorstand zu berichten. Anträge zur Konferenz, sowie solche, die eine finanzielle Unterstützung zum Zwecke der Delegation fordern, sind bis zum 9. März ebenfalls an den Gauvorstand zu senden.

Reichenbach i. B., den 2. Februar 1908.

Der Gauvorstand für den Gau Vogtland

J. A.: Max Winkler, Vorsitzender, Bessstr. 3.

NB. Filialen, die für das Jahr 1907 noch Gaubeiträge schulden, mögen dieselben baldigt an den Gaukassierer, Karl Arnold, Reichenbach i. B., Gainberg 11, abhändigen.

Gaukonferenz Nord-West. Den Delegierten zur Konferenz des Gau Nord-West zur Nachricht, daß die Konferenz am Sonnabend, den 15. Februar, abends 7 Uhr, bei Stange, Zeughausmarkt Nr. 31, beginnt.

Straßenbahnlinien Nr. 4, 6, 8, 26. Ede Ernst Merkstraße bis Zeughausmarkt. Empfangsbureau: Stange, Zeughausmarkt Nr. 31. Koll. grüßend

E. Richter, Hamburg 6, Grabenstr. 32 I.

Gau Sachsen-Lauts. Die ordentliche Konferenz unseres Gaues findet laut Beschluß des Gauvorstandes am 5. April 1908 in Dresden, „Vollshaus“, statt.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht der Gauverwaltung; 2. Die Hauptaufgaben der diesjährigen Generalversammlung; 3. Anträge der Ortsverwaltungen; 4. Wahl des Gauleiters und des Gauortes.

Die Wahl der Delegierten findet nach den Bestimmungen des Gaureglements statt, für welche die Vorschriften gelten, welche der Zentralvorstand für die Generalversammlung aufgestellt hat.

Es haben Delegierte zu wählen: Cunevalde 2, Großenhain 2, Löbau i. S. 2, Neugersdorf 3, Reichenau 3, Zittau 2, Dresden 1, Dobritz 1, Freiberg 1, Klausnitzer Grund 1, Großröhrsdorf 1, Bauhen 1, Sohland 1, Pulsnitz 1, Ebersbach 1, Seiffenmersdorf 1, Großschönau 1, Leutersdorf 1, Ditzsch 1, Hirschfelde 1.

Folgende Orte sind zu Wahlbezirken zusammengelegt: Kamenz und Sebnitz (Wahlleiter Vinzenz Scholz, Kamenz, Herrental 18) 1 Delegierter, Kirchau und Oberoderwitz (Wahlleiter: Bruno Glathe, Oberoderwitz Nr. 481) 1 Delegierter.

Die Stimmzettel müssen bis nach der Gaukonferenz für etwaige Beschwerden aufgehoben werden. Anträge der Ortsverwaltungen möchten ebenfalls bis zum 22. März der Gauverwaltung gemeldet sein.

Mit kolleg. Gruß

Der Gauvorstand.

J. A.: Oswald Heidel, Ritterstr. 274d.

Gau Süd. Allen Ortsverwaltungen unseres Gaues zur Kenntnis, daß sich der Gauvorstand neu konstituiert hat.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Adresse des Kassierers sofort ihren Adressenverzeichnissen einzuverleiben.

Ortsverwaltungen.

Adorf i. B. 1. Vorsitzender der Filiale ist Eduard Höllenitz im Konjumberein; Kassierer ist Johann Panzerl, Mühlweg 264.

Hameln. 1. Vorsitzender: Carl Lillner, Hummenstr. 15, Kassierer: Gerhard Legtmeyer, Morgensternstr. 7; selbiger zahlt Krankengeld Freitagabend von 7-8 Uhr aus.

Hannover-Linden. Vom 24. Februar bis 28. März ist unser Geschäftsführer von Hannover abwesend.

Nowawes. Bitte den Kollegen Karl Wende, Tuchmacher, geb. 16. September 1869, Supraße, Ruzland, Stamm-Nr. 248 192, seine Adresse an mich gelangen zu lassen, damit er zu seinem Recht kommt.

Otto Weiser, Nowawes, Wilhelmstr. 55.

Ruchen. Vorsitzender: Johann Müller, Weber; Kassierer: David Jäger. Alle Sendungen sind, was die Zeitung betrifft, an den 1. Vorsitzenden zu richten, nicht mehr an Karl Linkeheil.

Frier. Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt wieder Joh. Grimm, Frier-St. Modart 79.

Vegeßad. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt Sonnabends von früh 9 bis 1 Uhr in der Geschäftsstelle Vegeßad, Langestraße 30/31 I.

Weiler (Altgäu). Reiseunterstützung wird hier in keinem Fall ausbezahlt.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Chemnitz: Carl Hermann Schuster, 51 Jahre alt - Wagenleiden.
Chemnitz: Emil Garbig, Arbeiter, 43 Jahre alt - Schlaganfall.
Gera: Lina Zippel, 46 Jahre alt - Unterleibskrankheit.
Gera: Gottlieb Albrecht - Altersschwäche.
Gera: Hermann Hilzmann, 48 Jahre alt - Gallenleiden.
Hannover-Linden: Franz Hauke, Schlichter, 41 Jahre alt - Proletarietkrankheit.
Langenbielau: Ernst Kühnel, 62 Jahre alt - Herzschlag.
Limbach: Albin Bschoka aus Niedertrogna, 18 Jahre alt - Halsleiden.
Neustadt. Oberschl.: Anna Schneider, Weberin, 27 Jahre alt - Proletarietkrankheit.
Oberlungwitz: Hermann Reuther, 57 Jahre alt - Rückenmarkleiden.
Osnabrück: Friedrich Wiede, 19 Jahre alt - Lungenentzündung.
Reichenbrand: Karl Klaus, 38 Jahre alt - Lungenkrankheit.
Soran: Karl Pintsch, 37 Jahre alt - Lungenkrankheit.
Zittau: Amalie Kreuzer, 59 Jahre alt - Luftröhrentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bzw. sind ausgesperrt:

- Gornsdorf. In Bewegung ohne Streit befinden sich Stoffbruder in: Penig.
Textilarbeiter in: Greiz-Gera-Erfenberg.
Weber in: Mühlhausen i. Elz. (Vertrand). Salza (Bergmann u. Geiß).
Flachs Spinner in: Baußen (Gainiger Flachs Spinnererei).

Versammlungskalender.

- Augsburg-Pfersee. Sonnabend, 22. Februar, in der „Krone“.
Augsburg-Hochzoll. Sonntag, 23. Februar, im „Hochzoll“.
Bamberg. Sonntag, 16. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Berga. Sonnabend, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Zollhaus“.
Berlin. Zentral-Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Mansche, Blumenstraße 38: Zahltag.
Berlin. Bezirk Ofen. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Rittwadh, Stralauer Allee 20a: Zahltag.
Berlin. Zahlstelle: Nüdersdorferstr. 18, bei Wittner.
Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Bollmann, Alte Jakobstraße 68: Zahltag.
Berlin. (Sektion Weißensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße: Zahltag.
Berlin. (Sektion der Schiffchen- und Handflücker.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Mofler, Landsbergerstraße 115: Zahltag.
Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Engel, Seydelstr. 30: Zahltag.
Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Otto, Marchstr. 23: Zahltag.
Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Gohlfomsstr. 24, bei Keil.
Berlin. (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Zietenstr. 81: Zahltag.
Berlin II. (Posamentierer.) Mittwoch, 19. Februar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 3.
Bernau. Sonnabend, 22. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.
Burscheid. Sonntag, 23. Februar, nachm. 5 Uhr, bei Alb. Peter Raffen.
Dahleau. Sonntag, 16. Februar, bei Aug. Greiff.
Dülken. Sonntag, 23. Februar, abends 6 Uhr, bei Adolf Brinkmann, Bahnhofstraße.
Eilenburg. Freitag, 21. Februar, im Gewerkschaftshaus „Tivoli“.
Finsterwalde. Sonnabend, 22. Februar.
Freiberg. Sonnabend, 22. Februar, in der „Union“: Zahltag.
Füssen. Jeden Sonntag, vorm. 10 Uhr, im „Lamm“: Zahltag.
Gaidichen. Sonnabend, 22. Februar, abends 8 1/4 Uhr, im „Tuchmachermeisterhaus“.
Kirchberg. Sonntag, 23. Februar, nachm. 5 Uhr, im „Tivoli“.
Ludenwalde. Mittwoch, 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Karl Gerhardt, Deelikerstr. 34.
Mößingen. Sonnabend, 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr.
Mühlhausen i. Thür. (Branchenversammlung der Fäberei- und Appreturarbeit.) Sonnabend, 22. Februar, im „Gewerkschaftshaus“.
Neudamm. Mittwoch, 19. Februar, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“.
Neutirchen (Erzgeb.). Sonntag, 23. Februar, abends 7 Uhr: Weipredigung.
Neustadt. Sonnabend, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Bayrischen Hof“.
Niederhöneweide. Jeden Sonnabend von nachm. 5 Uhr an bei Reimann, Grünauerstr. 5: Zehltag.
Nordhorn. Jeden Sonnabend von 8 Uhr abends an bei Steinberg: Zahltag.
Böfneß. Freitag, 21. Februar, im „Rittergarten“.
Reichenau. Donnerstag, 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Simon.
Soran. Sonnabend, 15. Februar, in der „Eile“.
Süßfeld. Sonntag, 23. Februar, abends 6 Uhr, bei Hurtmann, Beechstraße.
Taiffingen. Sonnabend (Samstag), 22. Februar, im „Adler“.
Wunsiedel. Sonntag, 16. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, bei Altemeyer: Stellungnahme zur Gaukonferenz.
Zeit. Sonnabend, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Felsenkeller“, Fabrikstraße.
Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Attention! Köpenick Attention!
Sonnabend, den 22. Februar:
Grosser Maskenball
im „Gesellschaftshaus“ (Inh.: C. Seidel), Grünauerstr. 31.
Eintrittspreis für Mitglieder und Damen 30 Pf., Herren 50 Pf.
Anfang 8 Uhr. - Ende ???
Die Mitglieder werden erlucht, recht rege für den Besuch zu agitieren.
Das Komitee.

Kirchberg.
Sonntag, den 16. Februar im „Deutschen Haus“:
Winter-Vergnügen
bestehend in Konzert, Theater und Ball.
Eintritt à Person 25 Pf.
Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein
Anfang 6 Uhr.
Der Vorstand.

Inseren werten Verbandskollegen
Anton Streits u. Theresie Berek
zu ihrer Verlobung die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Filiale Triebes.

Arbeitsmarkt
(Preis pro Zeile 50 Pf. Unter Chiffre wird kein Arbeitergesuch aufgenommen, außer wenn die Offerten durch die Expedition dem Aufgeber übermittelt werden sollen. - Garantie für Aufnahme wird nicht geleistet.)

Textilarbeiter gesucht, welche Vertretung hochleg. konkurrenzloser Artikel nebenbei übernehmen. Hoher Nebenberdienst. Auskunft kostenlos. Herm. Wolf, Zwickau, Sa., Nordstraße 30.

Beschwerden über Redaktion und Expedition sind an G. Wafewitz, Berlin N., Lygnerstr. 31 III, zu richten.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 17. Februar.

Verlag: Karl Hübsch. - Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagener. - Druck: Vordwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Sämtlich in Berlin.